

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2010-06-15

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/  
Ortsbeiräte  
Bearbeiter: Fraktion DIE LINKE  
Henning Foerster  
Telefon: 545 2956

**Antrag**  
**Drucksache Nr.**

**öffentlich**

00485/2010

## Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

## Betreff

"Sparpaket" der Bundesregierung

## Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung lehnt die gravierenden Einschnitte im Zusammenhang mit dem „Sparpaket“ der Bundesregierung ab und fordert die Bundestagsabgeordneten der Landeshauptstadt Schwerin auf, die entsprechende Vorlage abzulehnen. Sie sollen sich stattdessen für eine ausgewogene Verteilung der Lasten auf alle Bevölkerungsschichten engagieren und damit den sozialen Kahlschlag verhindern.

## Begründung

Das was die Bundesregierung „Sparpaket“ nennt, bürdet die finanziellen Lasten zu großen Teilen den sozial Schwachen in diesem Lande auf. Unter der zynischen Überschrift „Neujustierung von Sozialgesetzen“ sollen 30 Milliarden eingespart werden. Aus Pflichtleistungen werden Ermessensleistungen des Arbeitsberaters, Zuschüsse für die Rentenversicherung werden abgeschafft, Elterngeld und Heizkostenzuschüsse werden gestrichen. Dies geht letztlich auch wieder zu Lasten der ohnehin klammen Kommunen, z.B. dann, wenn die Grundsicherung für ältere Bürger von diesen übernommen werden muss. Zudem ist dieser Ansatz auch wirtschaftlich bedenklich. Belastet werden ausgerechnet die Bevölkerungsteile, die jeden Euro direkt wieder in den Konsum stecken, was sich nachteilig auf Nachfrage und Konsum auswirkt. Die Rettung der Banken hat die deutschen Staatsschulden bis Ende 2009 um 99 Milliarden Euro erhöht. Auch das 750 Mrd. schwere Euro-Rettungspaket nützt vor allem den Finanzinstituten. Die Verursacher dieser Misere werden nicht zur Kasse gebeten. Dagegen regt sich Widerstand in breiten Teilen der Gesellschaft, so in Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kirchen. Und es gibt Alternativen. Wenn Ausgaben gesenkt werden sollen, muss z.B. über die Kosten des 2. Regierungssitzes in Bonn diskutiert werden. Um die Einnahmeseite zu stärken und die Lasten gerechter zu verteilen, dürfen die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine Finanztransaktionssteuer auf Wertpapieran- & Verkauf, sowie Börsenumsätze oder eine Luxussteuer, wie sie der

saarländische CDU Ministerpräsident Peter Müller ins Gespräch gebracht hat, keine Tabus bleiben.

**über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr**

**Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---**

**Deckungsvorschlag**

**Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---**

**Anlagen:**

keine

gez. Gerd Böttger  
Fraktionsvorsitzender